



Stadt Jena • Postfach 10 03 38 • 07703 Jena

Ansprechpartnerin: Frau Günzel  
Bereich: Fachdienst Kommunale Ordnung  
Besucheradresse: Am Anger 28

F-Haus Event GmbH

Zimmer: 01.01\_27  
Telefon: 03641 49-2543  
Telefax: 03641 49-2533  
E-Mail: ordnung@jena.de  
Internet: www.jena.deIhr Schreiben / Zeichen: v. 08.052023  
Unser Schreiben / Zeichen: 2/32/0-28301892-fd-ko-gü

Datum: 22.05.2023

**Vollzug des Thüringer Gesetzes über die Aufgaben und Befugnisse der Ordnungsbehörden (Ordnungsbehördengesetz -OBG-) in der derzeit gültigen Fassung**

Die Stadtverwaltung Jena erlässt folgenden Auflagenbescheid:

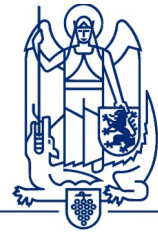
Thema: Krautgassenfest – Jubiläum 30 Jahre Alsterkneipen  
Datum: 26.05.2023  
Uhrzeit: 14:00 – 24:00 Uhr  
Veranstaltungsort: Krautgasse 20-23

Anlässlich der für den 26.05.2023 angezeigten Veranstaltung ergehen folgende Auflagen:

**1. Immissionsschutz**

Die vorgesehene Veranstaltung wird als seltenes Schallereignis gemäß Pkt. 6.3 und 7.2 der TA Lärm eingestuft. Gemäß § 22 Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) sind folgende Auflagen einzuhalten:

- Die Musikdarbietungen im Freien sind antragsgemäß 22.00 Uhr zu beenden.
- „Laute“ Musikdarbietungen im Freien sind auf eine Zeitdauer von maximal 6 Stunden begrenzt. Über diese Zeitdauer hinaus ist das Abspielen leiser Hintergrundmusik möglich.
- Während der Veranstaltung ist die Einhaltung der zulässigen Immissionsrichtwerte für seltene Schallereignisse an den betroffenen schutzwürdigen Räumen in der Nachbarschaft durch den Veranstalter durch wirksame Maßnahmen sicherzustellen.  
Bis 22.00 Uhr ist dabei ein Immissionsrichtwert von höchstens 70 dB(A),  
ab 22.00 Uhr von höchstens 55 dB(A) und  
nach 24.00 Uhr von höchstens 45 dB(A) zulässig.  
Einzelne kurzzeitige Geräuschspitzen dürfen diesen Wert am Tag um nicht mehr als 20 dB(A) und nachts, ab 22.00 Uhr, um nicht mehr als 10 dB(A) überschreiten.
- Die Beschallungstechnik ist so auszurichten und auszuwählen, dass die Belastung der Nachbarschaft minimiert wird. Insbesondere ist auf eine Reduzierung der abgestrahlten tiefen Frequenzanteile hinzuwirken (z.B. durch kardioide Aufstellung der Basslautsprecher als Array oder Minimierung einzelner nicht relevanter Terzen).
- Zum Schutz der benachbarten schutzbedürftigen Bebauung ist für den Veranstaltungsteil im Freien in die Musikanlage ein Pegelbegrenzer zu integrieren. Dieser ist vor der Veranstaltung



---

von einer Fachfirma justieren zu lassen. Die Fachfirma hat die Einstellung der Musikanlage schriftlich zu bestätigen.

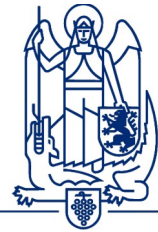
- Die Limitierung der Lautstärke ist so vorzunehmen, dass vor den maßgeblichen benachbarten Wohngebäuden die genannten Immissionsrichtwerte für seltene Schallereignisse eingehalten werden.
- Gegebenenfalls sind regelmäßig Messungen mit einem Schallpegelmessgerät an den betroffenen schutzwürdigen Räumen in der Nachbarschaft durchzuführen. Dabei ist zu beachten, dass bei sehr basslastiger Musik 5 dB(A) zum Messwert addiert werden müssen und zusätzlich noch einmal 3 dB(A), wenn die Titel oder Texte der Musik am Immissionsort erkannt werden können. Der aus dieser Addition resultierende Wert darf den o.g. Immissionswert nicht überschreiten.
- Spätestens eine Woche vor der Veranstaltung sind die Anwohner/Anlieger im Umfeld des Veranstaltungsortes per Handzettel über die Durchführung der Veranstaltung (Ort, Zeit, Ablauf und Art der Veranstaltung) zu informieren. Den Anwohnern/Anliegern ist die Telefonnummer der Polizei (03641-810), der Leitstelle der Feuerwehr (03641-4040) und der des Veranstaltungsleiters für Beschwerden zu benennen. Der genannte Veranstaltungsleiter muss während der gesamten Zeit der Veranstaltung telefonisch erreichbar sein.
- Während der Veranstaltung und nach Veranstaltungsende sind ausreichend und wirksam Ordnungskräfte durch den Veranstalter einzusetzen, welche auf das Verhalten der Besucher Einfluss zu nehmen haben, so dass im Umfeld der Veranstaltung keine Störwirkung durch verhaltensbezogenen Lärm von den Besuchern ausgeht.

## **2. Abfallwirtschaft**

- Bei der beantragten Veranstaltung ist gemäß § 7 Abs. 1 der Satzung über die Abfallwirtschaft in der Stadt Jena (Abfallsatzung) durch den Veranstalter sicherzustellen, dass möglichst wenig Abfall entsteht.
- Bei der Abgabe von Speisen und Getränken wäre die Nutzung von Pfandsystemen wünschenswert. Letztvertreiber von Einwegkunststoffbehältern und Einweggetränkebechern, die jeweils erst beim Letztvertreiber mit Waren befüllt werden, sind seit dem 01. Januar 2023 verpflichtet, eine Mehrwegalternative gemäß §§ 33, 34 Verpackungsgesetz (VerpackG) anzubieten.
- Gemäß § 8 Abs. 2 Abfallsatzung hat die getrennte Erfassung der Abfälle zur Verwertung und der Abfälle zur Beseitigung durch Gestellung in jeweils eigenen Behältnissen zu erfolgen. Fallen die Abfälle vermischt in einem Behälter an, sind sie zur Verwertung nicht mehr geeignet und werden als Abfall zur Beseitigung deklariert. Abfälle zur Beseitigung sind nach § 3 Abs. 1, Buchstabe b Abfallsatzung ausschließlich der kommunalen Abfallentsorgung anzudienen.
- Der Veranstalter hat mit dem Kommunalservice Jena (KSJ) entsprechende Vereinbarungen abzuschließen.

## **3. Ordnungsrecht und Gefahrenabwehr**

- Mitarbeitende der Ordnungsbehörde (Polizei, Fachdienst Kommunale Ordnung oder Feuerwehr) sind im Falle des Vorliegens von Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung berechtigt, die Veranstaltung für beendet zu erklären und dies auch durchzusetzen.
- Die Anfahrtswege und Aufstellflächen für Einsatzfahrzeuge von Feuerwehr, Polizei und Rettungsdienst sind freizuhalten.



---

## **Die sofortige Vollziehung der vorstehenden Auflagen wird angeordnet.**

### Gründe:

Am 08.05.2023 wurde für den 26.05.2023 eine öffentliche Veranstaltung mit dem Thema „Krautgassenfest – Jubiläum 30 Jahre Alsterkneipen“ angezeigt.

Die Stadtverwaltung Jena ist nach § 4 Abs. 1 und Abs. 3 Thüringer Gesetzes über die Aufgaben und Befugnisse der Ordnungsbehörden (Ordnungsbehördengesetz -OBG-) in der derzeit gültigen Fassung der Bekanntmachung örtlich und sachlich zuständig. Gemäß § 42 Abs. 5 OBG kann die Stadtverwaltung Jena Anordnungen zur Gefahrenabwehr bei einer öffentlichen Veranstaltung treffen.

Die Auflagen unter Ziffer 1 sind aus Sicht der Unteren Immissionsschutzbehörde entsprechend § 22 Bundes-Immissionsschutzgesetz (BimSchG) in der derzeit gültigen Fassung der Bekanntmachung bzw. ordnungsbehördlichen Verordnung der Stadt Jena erforderlich. Es ergibt sich zwangsläufig eine starke und bis zu einer bestimmten Grenze zumutbaren Belästigung der Anwohner durch Lärm, verursacht durch laute Musik. Es handelt sich hierbei um eine gebundene Entscheidung, nicht um eine Ermessensfrage.

Bei den erlassenen Auflagen wurden folgende Gesichtspunkte geprüft und berücksichtigt:

- a) das Freizeitbedürfnis der Besucher und das Ruhebedürfnis der betroffenen Anwohner
- b) die Häufigkeit entsprechender Veranstaltungen
- c) die zu erwartende Lärmimmission und die einzuhaltenden Grenzwerte
- d) die Dauer der und zu welchen Zeiten diese stattfindet (tags, nachts)
- e) die Bedeutung der Veranstaltung für die Allgemeinheit (örtliche, regionale, überregionale Bedeutung)
- f) der Gebietscharakter des Veranstaltungsortes (reines Wohngebiet, allgemeines Wohngebiet, Mischgebiet, Gewerbegebiet usw.)

In Abwägung dieser Kriterien und der von Ihnen angezeigten Veranstaltung waren die Auflagen, die im Zusammenhang mit den dadurch entstehenden Immissionen stehen, zu erlassen.

Die Auflagen unter Ziffer 2 wurden gemäß der Abfallsatzung der Stadt Jena in der aktuell gültigen Fassung erhoben.

Bei den Auflagen unter Ziffer 3 handelt es sich um allgemein gültige ordnungs- bzw. gefahrenabwehrrechtliche Auflagen aus den entsprechenden Gesetzen und Verordnungen die der allgemeinen Gefahrenabwehr dienen (Thüringer Ordnungsbehördengesetz -ThürOBG-, Ordnungswidrigkeitengesetz -OwiG-, Muster-Versammlungsstättenverordnung -MV-StättVO-, Straßenverkehrsordnung -StVO-, Ordnungsbehördliche Verordnung der Stadt Jena etc.).

Die Anordnung der sofortigen Vollziehung stützt sich auf § 80 Abs. 2 Nr. 4 Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) in der derzeit gültigen Fassung der Bekanntmachung. Es ist zu befürchten, dass die Veranstaltung, ohne dass sie mit Auflagen bedacht wird, zur Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung wird. Die Auflagen liefern ins Leere, würden sie mit einem Widerspruch angefochten werden, welcher deren Aufschiebbarkeit zur Folge hätte. Dann würde die Veranstaltung durchgeführt werden können, ohne dass auf die Rechtsgüter



---

der öffentlichen Sicherheit und Ordnung durch Erfüllung der Auflagen Rücksicht genommen werden müsste.

HINWEIS:

Zuwiderhandlungen gegen die erlassenen Auflagen nach § 42 Abs. 5 OBG sind als Ordnungswidrigkeit mit Geldbuße bis zu 5.000 EUR bedroht. Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig als Veranstalter einer Vergnügung im Sinne des § 42 OBG die mit der Erlaubnis verbundenen vollziehbaren Auflagen nicht erfüllt. Sollte gegen eine der vollziehbaren Auflage zuwidergehandelt werden, so wird hiermit dem Veranstalter angezeigt, dass ein Ordnungswidrigkeitenverfahren eingeleitet werden wird.

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diesen Bescheid kann binnen eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch erhoben werden. Der Widerspruch ist schriftlich oder zur Niederschrift bei der Stadt Jena, Am Anger 15, 07743 Jena oder bei der Stadt Jena, Fachdienst Kommunale Ordnung, Am Anger 28, 07743 Jena, einzulegen. Die Schriftform kann durch die elektronische Form ersetzt werden. In diesem Fall ist der Widerspruch durch Übermittlung eines elektronischen Dokuments mit qualifizierter elektronischer Signatur an die im Briefkopf genannte E-Mail-Adresse oder an das besondere elektronische Behördenpostfach (beBPO) der Stadt Jena zu senden.

Petra Günzel  
Teamleiterin Kommunale Sicherheit